

Partizipationsprojekte

Institutionalisiertes Bürgerbeteiligungsverfahren der Stadtgemeinde Schwechat

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Ständiges Verfahren zur Bürgerbeteiligung bei Entscheidungen in der Stadt Schwechat

Themenbereich:

Alle Bereiche der Stadtpolitik

Detailinfo:

Stv. Stadtamtsdirektor Mag. Johann Wachter, Stadtamt Schwechat, Rathausplatz 9, 2320 Schwechat, e-mail: j.wachter@schwechat.gv.at

Beschreibung des Verfahrens:

Im Rahmen des vom Institut Retzl erstellten "Stadtentwicklungskonzeptes mit den BürgerInnen" der Stadt Schwechat (1992-1994) unter Bgm. Mag. Gogola war die Partizipation der BewohnerInnen von Beginn an ein wesentliches Anliegen. Im den entwickelten zwölf übergeordneten Prinzipien sind besonders die nachhaltige Entwicklung und auch die Partizipation der BürgerInnen verankert. Die Erfahrungen mit der Mitgestaltung veranlassten die Stadtpolitik und -verwaltung, ein innovatives System der dauerhaften Partizipation gemeinsam mit dem Institut Retzl zu verwirklichen. Das System besteht aus dauerhaft eingerichteten BürgerInnenbeiräten, die Themenbereiche der Stadt begleiten und kontrollieren. (z.B. Sicherheitsbeirat, Programmbeirat, Kulturförderungsbeirat). Für aktuelle Themenbereiche werden Bürgerplanungsgruppen eingerichtet, die nach Interessensbekundung aus BürgerInnen der Stadt zusammengesetzt sind. Die Einrichtung einer solchen Planungsgruppe wird auf Veranlassung der Stadt aber auch verbindlich auf Wunsch von 20 BürgerInnen vorgenommen. Im Partizipationssystem ist auch ein Modell der Konfliktregelung vorgesehen, bei dem zu umstrittenen Fragestellungen "Laiengutachter" aus der Bevölkerung beigezogen werden können. Die besondere Verankerung im Alltagshandeln der Stadt wird auch dadurch ausgedrückt, dass ein eigener "Bürgerbeteiligungskontrollausschuss", der je zur Hälfte mit GemeindefraktarInnen aller Fraktionen und mit interessierten BürgerInnen besetzt ist, alle Verfahrensschritte begleitend kontrolliert und jegliche einseitige Einflussnahme z.B. bei der Auswahl der Personen oder der Wahl der Verfahren ausschließt. Weiters ist in den Regelungen verbindlich beschlossen, dass die Stadt ihre Verwaltungsleistungen alle zwei Jahre durch eine Bevölkerungsbefragung - das "Schwechater Stadtpanel" - evaluiert. Die Durchführung der Evaluierung wird ebenfalls vom BB-Kontrollausschuss begutachtet und bereits zum vierten Mal vom Institut Retzl erstellt. Mit diesem System ist es gelungen, in einer Stadt mit über 15.000 EinwohnerInnen ein verbindliches, institutionalisiertes Partizipationsverfahren einzuführen und nunmehr schon an die 10 Jahre erfolgreich zu betreiben. Schwechat hat damit immer noch eine Vorreiterrolle bei dauerhafter und nicht nur anlassbezogener Partizipation in Österreich. Eine besondere Anerkennung erreichte die Stadt Schwechat durch die Verleihung des "Speyer Preises 2000" für Bürgerorientierung. Der Preis wurde im Rahmen des 5. Speyerer Qualitätswettbewerbes unter Bewerbern aus Deutschland, der Schweiz und Österreich durch die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vergeben.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Johann Ecker, MBA

Institution: Institut Retzl, Gemeindeforschung und Unternehmensberatung, Am Anger 6, 4040 Linz

Telefon: +43/732/737050-12, Email: johann.ecker@institut-retzl.at

Ansprechperson zum Projekt: wie oben

Österreichisches Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Analyse- und Maßnahmenentwicklungsprozess mit und für Beteiligung von Kindern und Erwachsenen

Themenbereich:

Kommunale Kinder- und Familienpolitik

Detailinfo/Publikation:

Dr. Angelika Schiebel, BMSG – Abt. V/7, Franz-Josefs-Kai 51, 1010 Wien,

Email: angelika.schiebel@bmsg.gv.at

www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/familie/welcome.htm

Enquetebericht „Familien – Zukunft der Gemeinden“, Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Abt. V/7 (Hrsg.), Wien, 2002.

Beschreibung des Verfahrens:

Was brauchen Kinder und Familien, damit sie sich in ihrer Gemeinde wohl fühlen? Welche Rahmenbedingungen sind dafür notwendig und wie weiß die Gemeinde, ob die dafür gesetzten Maßnahmen die Bedürfnisse und Anliegen von Familien tatsächlich erfüllen?

Diese Fragen bildeten die Grundlage für ein neues Instrument in der kommunalen Familienpolitik, das durch das

Institut Retzl im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen (BMSG) gemeinsam mit den Familienreferaten der Bundesländer und neun Modellgemeinden aus ganz Österreich entwickelt wurde.

Die Modellgemeinden wirkten nicht nur bei der Entwicklung des Audits mit, sondern bewerteten die vom Institut Retzl entworfenen Kriterien für eine Zertifizierung als „Familien- und kinderfreundliche Gemeinde“ gleichsam im „Praxistest“. Dafür wurde je Gemeinde eine Projektgruppe aus Vertreter/innen der Gemeindepolitik und -verwaltung, von Vereinen, von Betreuungs-, Beratungs- und Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft gebildet.

Kernelemente des Audits bilden die Analyse und Bewertung bestehender Leistungen und Angebote für Familien und Kinder in der Gemeinde – strukturiert nach „Familienphasen“ und „Handlungsfeldern“ – und die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs mit Umsetzungszeitplänen. Der gesamte Prozess ist so angelegt, dass die Bedürfnisse der Kinder und Familien umfassend einbezogen werden und Interessierte sich aktiv einbringen können. Die umfassende Partizipation ist ein notwendiges Erfüllungskriterium für die Erteilung des Zertifikats „Familien- und kinderfreundliche Gemeinde“.

Durch die Auditierung familienpolitischer Maßnahmen in den Gemeinden soll es neben der Dokumentation und Auszeichnungen erbrachter Leistungen vor allem zur Unterstützung der dynamischen Entwicklung von familien- und kinderfreundlicher Politik in den Kommunen in ganz Österreich kommen. Unterschiede in der Finanzkraft, der Einwohnerzahl oder bei räumlichen Gegebenheiten sollen die Auditierungsergebnisse von vorn herein nicht beeinflussen. Vielmehr steht die Relation von Möglichkeiten für die Durchführung familienfreundlicher Politik und die konkret erreichte Umsetzung unter Beteiligung der Betroffenen im Mittelpunkt.

Die Entwicklungsphase des Audits begann im Jänner 2002. Bis zum Jahresbeginn 2004 wird die Entwicklungsphase abgeschlossen und die ersten Gemeinden können am Audit teilnehmen.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Johann Ecker, MBA; Mag. Beate Kaiser

Institution: Institut Retzl, Gemeindeforschung und Unternehmensberatung, Am Anger 6, 4040 Linz

Telefon: +43/732/737050-12, Email: johann.ecker@institut-retzl.at, beate.kaiser@institut-retzl.at

Ansprecherson zum Projekt: wie oben

Modellprojekt Schulfreiraum HIB_Boerhaavegasse

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:

Infoveranstaltungen, Vorbereitungs- und Partizipationsworkshops, Runder Tisch

Themenbereich: innerstädtischer Schulfreiraum

Detailinfo/Publikation: aktuell liegt ein unveröffentlichter Bericht zu den Workshops bei den AuftraggeberInnen, eine Publikation ist Ende 2003 geplant

http://www.oekolog.at/netzwerk/grundinfos/nwz/nwz_02_03.pdf

Beschreibung des Verfahrens:

Ein zum Thema „Schulfreiraum - Freiraum Schule“ im Herbst 2002 in Pöchlarn/NÖ vom ÖISS (österreichisches Institut für Schul und Sportstättenbau) organisiertes Symposium, hat die BIG (Bundesimmobilien GmbH) veranlasst, sich an den Arbeitskreis Schulfreiräume am ÖISS zu wenden. Nachgefragt wurden die Möglichkeiten, unter Einbeziehung der NutzerInnen ein Freiraumkonzept zu entwickeln, dass im Zuge einer geplanten Erweiterung bzw. Sanierung der Hochbauten umgesetzt werden kann. Im Zuge des Projektes konnte die Finanzierung des Prozesses durch das ÖISS, die BIG und das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK). LeiterInnen des Partizipationssprojektes sind die Mitglieder der Projektgruppe HIB_Boerhaavegasse am ÖISS. Leiterinnen der Workshops waren Mag. Judith Heissenberger und DI Alice Größinger.. In den Prozess wurden Lernende, Lehrende, Betreuende und sonstige Arbeitende an der Schule mit angeschlossenem Internat mit einbezogen. An den Workshops direkt waren rund 250 Personen beteiligt, die wiederum in den Arbeitsphasen Personen angesprochen, interviewt, etc, haben, die nicht direkt an den Workshops Teil genommen haben

Das Projekt wurde im März 2003 gestartet und mit der Übergabe eines Entwurfsvorschlages Ende Juni 2003 beendet. Gelungen war die Einbindung einer möglichst großen und breit gestreuten Personengruppe an der Schule, an der gut 1100 Menschen lernen, lehren, erziehen, betreuen, verwalten und pflegen. Die Aufmunterung und Schulung von TeilnehmerInnen zur Leitung einer kleinen Arbeitsgruppe ist als sehr gelungen anzusprechen.

Dank des großen Interesses und des großen Engagement auch der Leiterinnen der Schule und des Internates wurde der Prozess laufend unterstützt. Ein Unbehagen schafft die nun wackelnde Finanzierung der Hochbauten und die nicht gesicherte Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen im Freiraum. Finanzierungsfragen müssen unbedingt im Vorfeld geklärt werden.

Unabhängig von den möglichen Maßnahmen im Freiraum hat der Beteiligungsprozess an der Schule einen neuen und sorgsameren Umgang mit dem Freiraum ausgelöst. Sowohl Verschmutzungen als auch Zerstörungen sind zurückgegangen. Der relativ große Garten wird zunehmend als „unser Garten“ wahrgenommen.

Das externe Projektteam umfasste auch eine eigene Pressegruppe und lancierte das Projekt in den Medien.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Dr. Michael Mellauner, Projektleiter

Institution: Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Freiraumgestaltung & Landschaftspflege, Arbeitsbereich Freiraum
Telefon: 0043/1/47654 /7225
Email: michael.mellauner@boku.ac.at

Workshops zu den Stadtteilrahmenplänen für Heidelberger Stadtteile

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:

Workshops

Themenbereich: Entwicklungsziele und Maßnahmen zu: Kinder - Jugendliche - Senioren- Soziales - Kultur – Freizeit sowie Städtebau - Wohnen - Wohnumfeld - Arbeiten - Einkaufen - Verkehr - Umwelt und Freiraum.

Detailinfo/Publikation: Zuletzt Stadtteilrahmenplan Handschuhsheim, bestehend aus drei Bänden oder zusammen auf einer CD-ROM; Teil 1: Bestandsaufnahme, Prognose, Bewertung, Teil 2: Entwicklungskonzept und Maßnahmen sowie die Dokumentation der beiden Workshops.

Internet: [www.heidelberg.de/Rathaus/39Ämter/Referate/Amt für Stadtentwicklung und Statistik/Erstellung von Stadtteilrahmenplänen](http://www.heidelberg.de/Rathaus/39Ämter/Referate/Amt_für_Stadtentwicklung_und_Statistik/Erstellung_von_Stadtteilrahmenplänen)

Beschreibung des Verfahrens (200 – 250 Wörter)

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Rahmenplanung hat von Anfang an einen hohen Stellenwert. Vielfältige Hinweise und Ideen aus der Bürgerschaft geben in jeder Bearbeitungsphase wichtige Anregungen. Im Vorfeld der Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes (Teil 2 der Stadtteilrahmenplanung) werden in jedem Stadtteil zwei Workshops veranstaltet. Die Bürgerinnen und Bürger erarbeiten dort in thematischen Arbeitsgruppen zusammen mit Fachexpert/-innen und der Verwaltung Entwicklungsziele und Maßnahmenvorschläge, die ihnen besonders wichtig und dringlich sind.

Die hohe Bürgerbeteiligung, jeweils ca. 50 Personen nehmen an den Workshops teil, sowie die zahlreichen Vorschläge beweisen das starke Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der Zukunft ihres Stadtteils.

Themenschwerpunkte der drei Arbeitsgruppen in Workshop I sind Kinder – Jugendliche – Senioren – Soziales und Kultur – Freizeit. Die vier Arbeitsgruppen in Workshop II befassen sich mit Städtebau – Wohnen/Wohnumfeld – Arbeiten – Einkaufen – Verkehr – Umwelt und Freiraum.

Der Ablauf der jeweils über vierstündigen Workshops ist gekennzeichnet durch einen schnellen Wechsel zwischen Einzelarbeit, der Arbeit in Gruppen und im Plenum. Dieses abgestufte Verfahren sichert eine hohe Effizienz bei den Ergebnissen.

Nach einer ersten Vorauswahl durch die Arbeitsgruppen findet im Plenum ein konstruktiver inhaltlicher Austausch sowie eine abschließende Prioritätensetzung (Gewichtung) der vorgestellten Ziele und Maßnahmenvorschläge statt. Allen Beteiligten ist dabei bewusst, dass mit der Favorisierung bestimmter Einzelziele und Maßnahmen kein unmittelbarer Anspruch auf Umsetzung verbunden ist. Dass Einiges auch via Selbstverantwortung und Eigeninitiative erreicht werden kann, zeigt sich u.a. daran, dass während der Workshops bereits vielfach Hinweise gegeben werden, welche Maßnahmen von der Bevölkerung selbst übernommen werden könnten, um ihren Stadtteil noch lebenswerter zu gestalten. Die getroffene Prioritätensetzung fließt in den Endbericht mit ein - am Ende der einzelnen Fachkapitel sind die wichtigsten Anregungen aus den Workshops in einem grau hinterlegten Unterabschnitt zusammengefasst - und stellt eine Entscheidungshilfe für den Beschluss im Gemeinderat dar.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Frau Sabine Wacker

Institution: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg

Telefon: 0049/6221/582150

Email: stadtentwicklung@heidelberg.de

Ansprechperson zum Projekt: Herr Bruno Schmaus Email: s.o.

Mediationsverfahren Wiener Platz, München

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:

Mediationsverfahren

Themenbereich: Stadtplanung

Detailinfo/Publikation: 1. „Das Wiener Platz Forum – Mediation in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten“, in: Zeitschrift für Konfliktmanagement, ISSN 1439-2127, Verlag Dr. Otto Schmidt, Heft 6 / 2002

download des Aufsatzes: www.sellnow.de

2. „Bürgerbeteiligungsverfahren Gestaltung des Wiener Platzes in München“, in: Flucher, Th., Kochendörfer, B., von Minckwitz, U., Vierung, M.: „Mediation im Bauwesen“, Ernst & Sohn – Verlag, Berlin, 2003, ISBN 3-4330-1473-6

Beschreibung des Verfahrens:

- Das Verfahren fand im Sommer 2000 in München (Deutschland) statt.
- Ziel war, die betroffenen Anwohner zu einem Konsens-Gestaltungsvorschlag für den Platzumbau zu bringen, nachdem der Vorschlag der Stadtverwaltung in einer Bürgerversammlung abgelehnt worden war.
- Hauptkonfliktpunkt war der geplante ersatzlose Wegfall von rd. 50 Parkplätzen auf dem Platz. Dies fanden insbesondere die Geschäfte und Gewerbetreibenden existenzbedrohend.
- Das Projekt wurde von der Lokalpolitik (Bezirksausschuß) initiiert, nachdem ca. 1 Mio. Euro im Haushalt eingestellt waren, die zu verfallen drohten, da der Umbauvorschlag des Hochbauamtes zu einer reinen Fußgängerzone abgelehnt war.
- Auftraggeber war die Stadt München. Verfahrensleitung, Moderation & Mediation lag bei Dipl.-Volkswirt Reinhard Sellnow, Nürnberg. Die Organisation lag beim Münchner Forum, einer Organisation der Stadt für die Durchführung von Informations- und Beteiligungsprozessen
- Beteiligt war ein Innenkreis mit 16 Bürgervertretern für die Mediation im engeren Sinne (Mieter, Hauseigentümer, Gewerbetreibende, Gastronomie, Jugend, Alte, Behinderte, Künstler usw.) und ein Außenkreis mit 18 Personen (Politik, Stadtverwaltung, externe Experten) mit beratender Rolle
- Projektstart war März 2000 Projektende September 2000. Im Jahre 2002 wurde der Platz umfassend umgebaut und im Mai 2003 mit einem großen Fest den Bürgern übergeben
- Mit diesem Verfahren war es möglich, eine Umbaulösung für den Platz zu finden, die alle als Verbesserung des Ist-Zustandes ansahen und die realisiert werden konnte.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Reinhard Sellnow (Mediator)

Amtmannsbrücklein 1
D 90475 Nürnberg
Telefon: 0043/911/ 35 77 61
Email: reinhard@sellnow.de
internet: www.sellnow.de

Ansprechperson zum Projekt: Reinhard Sellnow

Interaktive Bürgerbeteiligung Berlin Alexanderplatz

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens: Konsultationsverfahren, medienübergreifend

Themenbereich: Stadt- und Raumplanung

Detailinfo/Publikation: www.alex.cityandbits.de

Beschreibung des Verfahrens:

Der Alexanderplatz in Berlin ist seit dem Mauerfall ein wichtiger Schnittpunkt für das Zusammenwachsen der beiden Stadthälften. Viele historische und zukünftige Erwartungen sind mit dem Ort verknüpft. Entsprechend kontrovers läuft die Diskussion über die aktuellen Planungen, die einen vollständigen Umbau zu einer für Berlin ungewöhnlichen Hochhauskulisse vorsehen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung will mit der Interaktiven Bürgerbeteiligung die Diskussion über die Nutzung des öffentlichen Raumes beleben und mit den Ergebnissen einen nachfolgenden Architektenwettbewerb zur Freiraumgestaltung qualifizieren. Auf diese Weise werden die Stärken sowohl von Bürgern als auch Fachleuten genutzt: Die Bürger können ihre Anforderungen frei von Sachzwängen formulieren und den Architekten damit die Aufgabe stellen, diese Ideen aufzugreifen und in ein umsetzbares Konzept zu verwandeln.

Die Senatsverwaltung hat daher der Firma City & Bits den Auftrag erteilt das Verfahren medienübergreifend zu konzipieren, d.h. Online-Arbeitsphasen und Präsenzveranstaltungen wurden miteinander kombiniert. Für die technische Abwicklung konnte das Fraunhofer Institut AIS gewonnen werden, die ihre Diskursplattform Dito einbrachte.

Zielgruppe des Verfahrens waren alle am Alexanderplatz Interessierten. Durch Multiplikatoren wurde ein möglichst breites Spektrum an Akteuren angesprochen. Befragungen zeigten, dass sich dieses Vorgehen auszahlte, da ein Großteil der Online-Teilnehmer Personen waren, die selten oder nie an klassischen Bürgerbeteiligungsveranstaltungen teilnehmen. Wenn Online- und Präsenz-Methoden kombiniert werden, wird die Beteiligungsmöglichkeit der Bürger also nicht eingeschränkt, sondern das Gegenteil ist der Fall: Erst das Onlineangebot ermöglicht großen Teilen der Bevölkerung an solchen ergebnisorientierten Diskussionen zu partizipieren.

Die Ergebnisse der Diskussion liegen vor und werden jetzt (Sommer 2003) in die Ausschreibungsunterlagen des Architektenwettbewerbs eingearbeitet. In den kommenden Monaten wird dessen Verlauf und die Jurybewertung auch auf der Webseite transparent gemacht und damit die Relevanz der Diskussion unterstützt.

AutorIn und Ansprechperson: Hans Hagedorn
Institution: City & Bits GmbH, Berlin
Telefon: 0049 / 30 27576935
Email: hans.hagedorn@cityandbits.de

Umweltmanagement an öffentlichen Einrichtungen: Analyse der Motivations- und Kooperationsprobleme, Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und exemplarische Umsetzung in einem Netzwerk

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Kooperativer Diskurs, Runder Tisch

Themenbereich: Umweltmanagement an öffentlichen Einrichtungen

Detailinfo/Publikation: www.ums.uni-bremen.de

Beschreibung des Verfahrens:

Das durch das Land Bremen geförderte Forschungsvorhaben (seit Juni 2001) soll dazu dienen, neue Wege zur Überwindung der erkannten Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer Umsetzung der ISO 14001 und der EMAS-Verordnung in öffentlichen Einrichtungen zu erforschen, um deren praktische Durchführung zu erleichtern. Die Ergebnisse dieses Projektes sollen eine vertiefende Diskussion und daraus hervorgehend eine Stimulierung des politisch gewünschten Zertifizierungsprozess im Land Bremen und darüber hinaus in Gang setzen.

Erstmals schließen sich in diesem Projekt mehrere öffentliche Einrichtung zusammen und verfolgen ein gemeinsames Ziel: die Umsetzung der lokalen Agenda 21 und die Einführung von Umweltmanagementsystemen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Durch den Aufbau eines Netzwerkes kann diese Umsetzung intensiviert und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Einrichtung einer Internetplattform ermöglicht einen öffentlichen Informationsaustausch an dem sich auch Externe (Experten und Nicht-Experten) beteiligen können.

An dem durch die Universität Bremen initiierten Verbundprojekt beteiligen sich insgesamt fünf Partner, von denen vier dem Bildungsbereich angehören und durch ihre Multiplikatorfunktion besondere Bedeutung haben:

- Hochschule Bremen
- Senator für Bau und Umwelt Bremen
- Schulzentrum Koblenzer Straße Bremen
- Landesinstitut für Schule Bremen
- Universität Bremen

Die Einführung der Umweltmanagementsysteme obliegt den jeweiligen Einrichtungen. Die unterschiedlichen Umsetzungsstrategien werden im Rahmen von regelmäßigen Projektworkshops erhoben, analysiert und verglichen. Dabei werden mögliche Synergieeffekte aufgedeckt und genutzt. Dieses Verfahren hat sich von Anfang an bewährt.

Für das Forschungsvorhaben sind insgesamt drei unterschiedliche Teams zuständig.

- Team A: Koordination des Verbundes – Umweltbeauftragte des Kanzlers der Universität Bremen.
- Team B: Sozialwissenschaftliche Begleitung: »Human Factor« – artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit Arbeit-Umwelt-Technik
- Team C: Benchmarking – Fachbereich 7: Wirtschaftswissenschaften

AutorIn (der Projektbeschreibung): Andreas Rau

Institution: artec – Forschungszentrum Nachhaltigkeit Arbeit-Umwelt-Technik
Telefon: 0043/ (0)421 2183455 Email: rau@artec.uni-bremen.de

Ansprechperson zum Projekt: Doris Sövegarto Email: soeve@uni-bremen.de

"Der Munderfinger Regelkreis" - Instrument der partizipativen Gemeindesteuerung für die LA21 Gemeinde Munderfing

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Steuerungsverfahren zur Partizipation von BürgerInnen bei Gemeindeentscheidungen

Themenbereich:

Gemeindepolitik, Nachhaltige Entwicklung

Detailinfo/Publikation:

Amtsleiter Erwin Moser, Gemeindeamt, 5222 Munderfing email: erwin.moser@munderfing.ooe.gv.at

Beschreibung des Verfahrens:

Die LA 21 Gemeinde Munderfing (ca. 2650 EW) hat in ihrer Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung einen besonderen Schwerpunkt auf die Steuerungsmöglichkeiten im Dreieck Bürger-Politik-Verwaltung gelegt. Der "Munderfing Regelkreis" für die Entwicklung der Gemeinde ist ein Ergebnis aus dem vom Institut Retzl gemeinsam mit dem Ortsplaner erstellten Ortsentwicklungskonzept, dass unter Beteiligung von BürgerInnen 1996 beschlossen wurde. Darin wurde für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Ziele beschlossen, dass alle Munderfing BürgerInnen die verbindliche Möglichkeit haben, bei eigenen Veranstaltungen oder auch während des Jahres Ideen und Anregungen zur Weiterentwicklung des Ortes einzubringen. Die selben Möglichkeiten finden explizit auch die Kinder und Jugendlichen vor. Die Anliegen werden zusammengefasst, systematisiert und in einer Klausur des Gemeinderates nach Prioritäten gereiht. Gleichzeitig wird die Zielerreichung und der Umsetzungsgrad der Vorhaben des Örtlichen Entwicklungskonzeptes des Vorjahres überprüft. Die Prioritätenliste wird den Ausschüssen zugeordnet und diese legen über weitere Form der Behandlung und der weiteren Einbeziehung der BürgerInnen (z.B. BürgerInnenplanungsgruppen). Auch für eventuelle Konfliktfälle sieht der Munderfing Regelkreis mit der Einrichtung von Laiengutachtern bzw. Schöffen klare Spielregeln vor. Interessierte Bürger werden als kooptierte Fachleute bei den gemeinderätlichen Ausschüssen in die vorbereitenden Arbeiten mit einbezogen. Das Gemeindeamt übernimmt immer mehr die Aufgabe der Moderation zwischen Bürger und Politik. Der "Munderfing Regelkreis" ist dabei ein wichtiges Werkzeug, die schwieriger und komplexer werdende Arbeit der Gemeinde effizient zu gestalten. Dieser Steuerungsmechanismus ermöglicht es, Gemeindeentwicklung zu einem ständigen, selbstregulierenden Prozess zu machen, der im hohen Maß die Identifikation der BürgerInnen mit der Gemeinde und die Lebensqualität in der Gemeinde mitbestimmt. Munderfing wurde 2003 als LA21 Gemeinde beim Wettbewerb des BMU und des BMSG als eine von 10 Preisträgergemeinden ausgezeichnet.

Stärken des Munderfing Regelkreises:

- Optimale Einbeziehung der Bevölkerung bei der Entscheidungsfindung
- Identifikation der BewohnerInnen mit den Zielen der Ortsentwicklung
- Erzeugen einer ständigen Entwicklungsdynamik in Munderfing
- Kostenminimierung durch Eigenleistung der BewohnerInnen und durch Fehlerreduktion
- Konfliktminimierung durch schnelles Erkennen von neuen Bedürfnissen der BewohnerInnen
- Verbindliche Beteiligungs- und Einflussmöglichkeit über die gesetzlichen Mindestgarantien hinaus

AutorIn (der Projektbeschreibung): Johann Ecker, MBA

Institution: Institut Retzl, Gemeindeforschung und Unternehmensberatung, Am Anger 6, 4040 Linz

Telefon: +43/732/737050-12, Email: johann.ecker@institut-retzl.at

Ansprechperson zum Projekt: wie oben

Handlungsprogramm Nachhaltigkeit, Stadt Augsburg

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:

Runde Tische

Themenbereich: Nachhaltige Stadtentwicklung

Drei Themenblöcke: Ökonomische Zukunftsfähigkeit, Soziale Zukunftsfähigkeit, Ökologische Zukunftsfähigkeit mit einer Vielzahl von Einzelthemen, z.B. Wirtschaftliche Stärkung der Region, Direktvermarktung, Internationale Zusammenarbeit, Umweltmanagement, Bürgerbeteiligung, Migration, Lärmbelastung, Energie, Grün in der Stadt.

Detailinfo/Publikation:

Stadt Augsburg (Hrsg.) 2002: Handlungsprogramm Nachhaltigkeit

Beschreibung des Verfahrens:

Die Runden Tische wurden zwischen Januar und Dezember 2002 in Augsburg (Deutschland) durchgeführt. Angeregt wurde das Verfahren von der Geschäftsstelle Agenda 21. Absicht war es, das vorhandene Leitbild zur zukunftsfähigen Entwicklung Augsburgs durch möglichst quantifizierte Ziele zu konkretisieren und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu entwickeln. Daneben sollte das Verfahren die Zusammenarbeit zwischen Lokaler Agenda 21, wichtigen gesellschaftlichen Akteuren, Verwaltung und Politik intensivieren. Entsprechend sollten die drei Runden Tische zu den Themenblöcken Ökonomie, Soziales und Ökologie möglichst vielfältig aus Vertretern der genannten Gruppen, aber auch aus interessierten Bürgerinnen und Bürgern zusammengesetzt sein. Trotz persönlicher Einladungen gelang es nicht, alle Akteure zu gewinnen. Mit einer Größe zwischen 20 und 40 Teilnehmern waren die Runden Tische jedoch sehr arbeitsfähig. Sie trafen sich jeweils dreimal. Zwischenergebnisse wurden in einem gemeinsamen „Kernplenum“ diskutiert und abgestimmt. Im Dezember 2002

wurde der Entwurf des Handlungsprogramms auf einer feierlichen Abschlussveranstaltung dem Oberbürgermeister übergeben. Im Herbst 2003 soll der Stadtrat einen Beschluss zum Handlungsprogramm treffen.

Das Verfahren wurde von B.A.U.M.-Consult München (Projektleiter war der Autor dieses Beitrags) in enger Abstimmung mit der Geschäftsstelle Agenda 21 der Stadt Augsburg konzipiert und moderiert.

Als wichtiges Fazit ist festzuhalten, dass durch das Verfahren viele zukunftsweisende Einzelmaßnahmen entwickelt werden konnten und eine Konkretisierung der relativ allgemein gehaltenen Zielsetzungen des Leitbilds möglich war. Gerade die Menge der Vorschläge brachte jedoch einen hohen Arbeitsaufwand für alle Beteiligten mit sich.

Entscheiden wird sich der Erfolg des Verfahrens an der Frage, ob die gesteckten Ziele erreicht und die Maßnahmen umgesetzt werden. Vorgesehen ist deshalb eine jährliche Veranstaltung, auf der über die Verwirklichung des Handlungsprogramms berichtet und diskutiert wird.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Dr. Stefan Heiland
Institution: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden
Telefon: ++49/+351/4679-219 Email: s.heiland@ioer.de

Ansprechpersonen zum Projekt: Gabi Neupert, Stadt Augsburg, Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 Email: agenda.umweltamt@augsburg.de

Kooperation und nachhaltige Entwicklung

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Regionales Entwicklungskonzept / Runder Tisch

Themenbereich: Nachhaltige Regionalentwicklung, integrativer Ansatz aller relevanten Stakeholder (Tourismus, Naturschutz, Landwirtschaft, Kultur, Ver- und Entsorgungsbetriebe, ÖPNV, Kommunal- und Kreispolitiker)

Detailinfo/Publikation:

Lichtenberg, T. (2003): Kooperation in der Regionalplanung. Effizienzanalyse des Regionalen Entwicklungskonzeptes der Insel Rügen. Berlin. ISBN-Nr. 3-89820-479-0 (VLB)

<http://www.menschundbuch.de/fr3/Frameset.htm>

<http://www2.rz.hu-berlin.de/geo/ph/loeko/age/people/lichtenberg.pdf>

Beschreibung des Verfahrens:

Auf der Insel Rügen (Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland) wurde durch die Initiierung des Landkreises in den Jahren 2000 bis 2001 ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) durchgeführt. Bei einem REK handelt es sich um ein informelles, auf Kooperation zwischen verschiedenen strukturpolitisch relevanten Akteuren beruhendes, außerhalb des rechtlichen Rahmen liegendes Verfahren, welches flächendeckende oder spezielle Themenfelder der Regionalplanung bearbeitet. Für das REK auf Rügen wurde eine externe Moderation (Firma Futour aus München) beauftragt. Vertreter aller wichtigen Interessengruppen (Tourismus, Naturschutz, Landwirtschaft, Kommunal- und Kreispolitiker, Kunst- und Kulturvertreter, Vertreter des Sozialen Bereichs, IHK, Unternehmer, Betriebe der Ver- und Entsorgung, etc., rund 40 Personen) für die Regionalentwicklung wurden für das Verfahren gewonnen und formulierten in Forumssitzungen kooperativ ein Leitbild für die nachhaltige Entwicklung der Insel Rügen. Dabei wurden Leitziele für alle Entwicklungsbereiche erarbeitet. Das Leitbild erhielt seine demokratische Legitimation durch einen Kreistagsbeschluss. Die Realisierung der Ziele wird durch konkrete Projekte angestrebt. Derzeit läuft die Umsetzungsphase der Projekte.

Besonders positiv war die erfolgreiche Kooperation in einer Region, die bereits mehrere Versuche von Kooperation unternommen hatte, die jedoch alle nicht zu dem gewünschten Ergebnis führten. Entgegen aller anfänglichen Befürchtungen, dass die Differenzen zwischen den verschiedenen Stakeholdern unüberbrückbar seien, kam ein konstruktiver Dialog zustande und ein gemeinsames Leitbild wurde erarbeitet. Eine unabhängige Evaluation untersuchte das Projekt akribisch und versuchte die „Erfolgsfaktoren“ für vergleichbare Projekte herauszuarbeiten.

AutorIn der Projektbeschreibung: Dr. Thomas J. Lichtenberg
Institution: FH-Eberwalde
Telefon: 0049/03334/657 326
Email: tlichtenberg@fh-eberswalde.de

„1. Unterhachinger Zukunftskonferenz“

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Agenda-Konferenz

Das Verfahren Agenda-Konferenz wurde für eine zweitägige Veranstaltung, die „1. Unterhachinger Zukunftskonferenz“ entwickelt. Dieser Name für die Veranstaltung wurde von den örtlichen Verantwortlichen gewählt, die Methode unterschied sich deutlich vom Verfahren „Zukunftskonferenz“.

Themenbereich: Zukünftige Gemeindeentwicklung

Fünf Themenschwerpunkte:

- (1) Ortsentwicklung und Wirtschaft
- (2) Bildung, Soziales, Gesellschaft
- (3) Energie und Ressourcen
- (4) Natur und Landschaft
- (5) Verwaltung

Detailinfo/Publikation:

1. www.zukunftskonferenz-unterhaching.de
2. Heiland, S., Münderlein, J., Schindelmann, P.: Agenda-Konferenz: Vom Blick zurück zum Schritt nach vorn. Ein Beteiligungsverfahren für Kommunen, Unternehmen und Organisationen zur Bilanzierung, Zieldefinition und Projektentwicklung. Agenda 21 Baustein. Nr. 8. Januar 2003. Hrsg.: Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, KommA21 Bayern. Augsburg (Internet: www.bayern.de/lfu/komma21)

Beschreibung des Verfahrens:

Die Veranstaltung fand im Juli 2001 in Unterhaching bei München statt. Die 14 dabei gegründeten Projektgruppen führen ihre Arbeit teilweise bis heute fort oder haben sie bereits erfolgreich abgeschlossen. Ausgangspunkt war der gemeinsame Wunsch von Gemeinde und Lokaler Agenda 21, auf einer öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung den Stand der nachhaltigen Kommunalentwicklung unter breiter Bürgerbeteiligung zu diskutieren, Ziele und Maßnahmen zu den o. g. Themenschwerpunkten zu entwickeln und erste Schritte der Umsetzung zu gehen. Insgesamt nahmen 150 Personen an der Veranstaltung teil: Vertreter von Vereinen, Kirchen, Verbänden, Unternehmen und Behörden, Gemeinderäte und Verwaltungsmitarbeiter, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Mitglieder der Agenda-21-Arbeitskreise.

Die Veranstaltung begann nach Begrüßung und Einführung mit einer gemeinsamen „Promenade“ entlang einer umfangreichen Posterpräsentation zu den Themenschwerpunkten. Hierdurch konnten sich die Teilnehmer erstens auf einen einheitlichen Informationsstand bringen, zweitens auf Moderationskarten ihre Meinung über Erfolge, Versäumnisse und weitere Handlungsnotwendigkeiten mitteilen. Das so entstandene Meinungsbild war die Grundlage, um in den weiteren Arbeitsschritten jene Themen oder Probleme zu identifizieren, die allgemein als besonders wichtig oder drängend betrachtet werden, hierfür Ziele zu definieren, Projektideen zu entwickeln und schließlich Projektgruppen ins Leben zu rufen.

Die Veranstaltung wurde von Mitarbeitern der B.A.U.M.-Consult München (darunter dem Autor des Beitrags) konzipiert, moderiert und dokumentiert. Von den Teilnehmern wurde sie sehr positiv gewürdigt – sowohl hinsichtlich der Methode als auch der Ergebnisse (was kein Verdienst der Moderatoren ist, sondern der Teilnehmer und ihres Engagements). Eine Folgeveranstaltung ist für 2004 oder 2005 vorgesehen.

Die inhaltliche Flexibilität der Methode sowie der erfolgreiche Einsatz einzelner Elemente in weiteren Beteiligungsverfahren sprechen für die Eignung und Übertragbarkeit der Methode bzw. einzelner Bausteine auf andere Fragestellungen und Anforderungen.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Dr. Stefan Heiland

Institution: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden

Telefon: ++49/+351/4679-219 Email: s.heiland@ioer.de

Ansprechperson zum Projekt: Dr. Stefan Heiland

Klaus Schulze-Neuhoff, Sprecher Lokale Agenda 21 Email: schulze_neuhoff@web.de

Das partizipative Budget von Porto Alegre

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Partizipativer Bürgerhaushalt

Themenbereich: Politische Entscheidungsfindung

Detailinfo/Publikation:

Herzberg, Carsten: Wie partizipative Demokratie zu administrativen Verbesserungen führen kann. Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Reihe Region-Nation-Europa Bd. 9 im LIT-Verlag, 2001.

Zimmermann Clovis R.: Vom Paternalismus zur partizipatorischen Demokratie auf lokaler Ebene. Das Fallbeispiel des partizipatorischen Haushaltes im brasilianischen Porto Alegre. Magisterarbeit an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, März 1999.

Becker, Joachim: Der progressive erweiterte Staat: Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre. In: Journal für Entwicklungspolitik, 2001, 2.

Singer, Paul, Solidarische Ökonomie in Brasilien heute: eine vorläufige Bilanz

Jahrbuch Lateinamerika, Nr. 25/2001. <http://www.praxisphilosophie.de/singer.pdf>

Gianpaolo Baiocchi; Department of Sociology; University of Wisconsin-Madison Participation, activism, and politics: The Porto Alegre experiment and deliberative democracy theory, <http://www.ssc.wisc.edu/~wright/Baiocchi.PDF>

Case Study 2 - Porto Alegre, Brazil: Participatory Approaches in Budgeting and Public Expenditure Management
<http://www.worldbank.org/participation/sdn/snd71.pdf>

Weiterführende Links

<http://www.portoalegre.rs.gov.br/>
<http://www.unesco.org/most/southa13.htm>
<http://www.goethe.de/br/poa/buerg/de/framebag.htm>
<http://www.praxisphilosophie.de/alegre.htm>
<http://www.worldbank.org/participation/web/webfiles/cepemcase1.htm>
http://fcis.oise.utoronto.ca/~daniel_schugurensky/lclp/poa_vl.html

Beschreibung des Verfahrens:

“Porto Alegre ist der wahrscheinlich weltweit einzige Ort, an dem die Regierung macht, was die Bevölkerung will.“
Vandana Shiva, indische Umweltaktivistin, Trägerin des alternativen Nobelpreises

In Zeiten der steigenden Politikverdrossenheit ist Porto Alegre – eine 1,4 Millionen Einwohner zählende Stadt im Süden Brasiliens – weltweit ein Symbol für eine gerechtere Welt geworden. Nach Ende der zwanzigjährigen Militärdiktatur wusste man in Porto Alegre wie nirgendwo sonst seine Chance auf eine basisdemokratische Mitbestimmung der Bevölkerung zu realisieren. Im Jahr 1989 schaffte die neu gewählte Stadtregierung die Basis für das partizipative Budget von Porto Alegre.

Dieses ermöglicht der Bevölkerung über den „Bürgerhaushalt“ – den so genannten Orçamento Participativo - die jährlichen Investitionen der Stadt mitzubestimmen. Hierzu werden in den 16 Stadtgebieten regionale Versammlungen abgehalten, in denen die Einwohner die Investitionsprioritäten für ihren Stadtteil auswählen. Die Chance auf Durchführung der benannten Arbeiten hängt vom Grad der Beteiligung in der Versammlung ab, da nur die Stimmen der unmittelbar Anwesenden zählen. Ergänzend gibt es themenbezogene Versammlungen, um einer zu starken Dezentralisierung entgegenzuwirken. Letztendlich setzen die von der Bürgerschaft gewählten Organe den Haushalt zusammen mit dem Stadtplanungsamt in Investitionsprojekte um und kontrollieren deren Ausführung. Der gesamte Prozess zieht sich jeweils über ein Jahr. Trotz der Dauer dieses Verfahrens sind die Erfolge des Bürgerhaushaltes unbestritten. Es gelang, die Bürgerbeteiligung von anfangs 780 Teilnehmern auf 100.000 zu steigern und den stark defizitären Haushalt der Stadt auszugleichen. Das partizipative Budget von Porto Alegre hat weltweit Impulse gegeben, ähnlich Modelle umzusetzen. Allorts ist man sich einig, dass dieses Modell eine weite Verbreitung verdient: Porto Alegre wurde nicht nur von Globalisierungskritikern zum Austragungsort des Weltsozialforums <http://www.forumsocialmundial.org.br/home.asp> pauserkoren, sondern auch von der Weltbank prämiert und von der UNO als „eine der lebenswertesten Städte“ Südamerikas bezeichnet.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Astrid Konrad
Institution: Wirtschaftsuniversität Wien
Telefon: 0043/1/31336-4807
Email: astrid.konrad@wu-wien.ac.at

Ansprechperson zum Projekt: Bürgermeister JOÃO VERLE
Email: gerson@sgm.prefpoa.com.br
<http://www.portoalegre.rs.gov.br/>

<http://www.goethe.de/br/poa/buerg/de/framebag.htm>

Strategische Umweltprüfung Entwicklungsraum Nordosten Wiens (SUPer NOW)

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:
SUP am runden Tisch

Themenbereich: Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung

Detailinfo/Publikation: www.wien.at/stadtentwicklung/supernow

Beschreibung des Verfahrens:

Die SUPer NOW ist bereits die zweite SUP-Initiative der Stadt Wien. Räumlich umfasst sie die beiden Wiener Gemeindebezirke nördlich der Donau (21. und 22. Bezirk) sowie die angrenzenden niederösterreichischen Umlandgemeinden (SUP auf lokaler - regionaler Ebene). Ziel der SUP ist die Erarbeitung eines harmonisierten Gesamtbildes für die Raum- und Verkehrsentwicklung im Nordosten Wiens. Das Projekt wurde von der Stadt Wien, Magistratsabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18) initiiert, um Bedarfsfragen zu neuer Verkehrsinfrastruktur im Konnex zur gesamtträumlichen Entwicklung zu klären (Wie soll sich der Nordosten Wiens räumlich entwickeln? Welche Verkehrsinfrastruktur wird dafür benötigt?). Das Verfahren wurde von der MA 18 finanziert. Die SUP-Expertin Kerstin Arbter war mit der Prozesssteuerung betraut, das Büro PlanSinn moderierte die Treffen des SUP-Teams und die Infoveranstaltungen für die breite Öffentlichkeit.

An der SUPer NOW nahmen im SUP-Team Vertreter der Verwaltung (9 Fachabteilungen der Wiener Stadtverwaltung, Raumordnungsabteilung der Niederösterreichischen Landesregierung, Magistratsdirektion der Stadt Wien, Wiener Nationalpark-Koordinator, Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds), Vertreter der sogenannten "qualifizierten Öffentlichkeit" (= Interessenvertreter: Wiener und Niederösterreichische Umwelthanwaltschaft, Ökobüro, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer, Bezirksvorsteher des 21. und des 22. Wiener Gemeindebezirks, Regionalmanagerin Wien Nordost, Regionalmanagement Weinviertel) und drei externe Planungsbüros teil.

Die SUPer NOW wurde im Frühjahr und Sommer 2001 vorbereitet, sie startete im Oktober 2001 und wurde im Frühjahr 2003 abgeschlossen. Bis Juli 2003 wurden bereits erste Umsetzungsmaßnahmen initiiert (Trassenvergleich zur 6. Donaustraßenquerung, Masterplan zur Entwicklung des Flugfelds Aspern). Auch die Monitoringgruppe hat sich bereits konstituiert.

Besonders bewährt hat sich bei der SUPer NOW die zweistufige Öffentlichkeitsbeteiligung. Einerseits waren die von der Planung betroffenen Interessengruppen intensiv am gesamten SUP-Prozess beteiligt (Mitglieder des SUP-Teams). Andererseits wurde die interessierte breite Öffentlichkeit über die SUPer NOW Homepage (www.wien.at/stadtentwicklung/supernow - ca. 4.000 Zugriffe) und über fünf Informationsveranstaltungen (ca. 1.000 Besucher) eingebunden.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Kerstin Arbter

Institution: Büro Arbter

Telefon: 0043/1-218 53 55 Email: kerstin.arbter@aon.at

Strategische Umweltprüfung zum Wiener Abfallwirtschaftsplan (SUP Wr. AWP)

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

SUP am runden Tisch

Themenbereich: Abfallwirtschaft

Detailinfo/Publikation:

Arbter, K. (2001): Strategische Umweltprüfung Wiener Abfallwirtschaftsplan – Endgültiger Umweltbericht, i.A. Stadt Wien, Magistratsabteilung 48, Wien.

Arbter, K. (2001): Wissenschaftliche Begleitstudie zur SUP Wiener Abfallwirtschaftsplan, i.A. BMLFUW, Wien. (unter www.lebensministerium.at)

Arbter, K., Bass, R., Therivel, R., Rakos, Ch. (2000): Handbuch Strategische Umweltprüfung – Die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen, Hrsg.: Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien. (zu bestellen: verlag@oeaw.ac.at)

Arbter, K. (2001): Strategische Umweltprüfung Wiener Abfallwirtschaftsplan (SUP Wr. AWP) – eine SUP am runden Tisch, in: UVP-Report 3/2001, S. 151-155.

Arbter, K. (2001): Die erste Abfall-SUP Österreichs, in: Waste Magazin 3/2001, S. 14-18.

Schmidt, Alfred (2001): Strategische Umweltprüfung "Wiener Abfallwirtschaftsplan", in: Waste Magazin 3/2001, S. 9-13.

Winkler Andreas (2001): Strategische Umweltprüfung in Wien, in: Waste Magazin 3/2001, S. 5-8.

www.wien.gv.at/ma48/sup/index.htm

Beschreibung des Verfahrens:

Die SUP Wr. AWP war die erste SUP-Initiative der Stadt Wien (SUP auf lokaler Ebene). Ziel war die Erstellung des Wiener Abfallwirtschaftsplans für die nächsten 10 Jahre unter gleichrangiger Berücksichtigung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten und unter Beteiligung der relevanten Akteure der Wiener Abfallwirtschaft.

Die SUP wurde von der Wiener Umwelthanwaltschaft initiiert, um Grundsatzfragen der Wr. Abfallwirtschaft (Braucht die Stadt Wien neue Abfallbehandlungsanlagen? Wenn ja, welche?) zu klären. Die Finanzierung erfolgte hauptsächlich durch die Abfallwirtschaftsabteilung der Stadt Wien (MA 48). Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22) beteiligte sich an den Kosten.

Das Verfahren wurde von Kerstin Arbter (SUP-Expertin) in der Rolle der Prozesssteuerung geleitet. Die Büros PlanSinn und Mocca übernahmen die Moderation. Am Verfahren waren Vertreter der Verwaltung (Abfallwirtschaftsabteilung, Umweltschutzabteilung, Finanzabteilung, Magistratsdirektion, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Fernwärme Wien), die sogenannte "qualifizierte Öffentlichkeit" (Wr. Umwelthanwaltschaft, Ökologie-Institut, "die umweltberatung", Ökobüro, Umweltdachverband) und 8 externe Abfallwirtschaftsexperten beteiligt.

Der SUP-Prozess wurde im Frühjahr 1999 vorbereitet, startete im Juni 1999 und wurde im Oktober 2001 abgeschlossen. Bis Juli 2003 wurden bereits einzelne Maßnahmen umgesetzt (Eignungszonensuche zur neuen Müllverbrennungsanlage ist abgeschlossen, Strategiegruppe Abfallvermeidung ist eingesetzt, Abfallvermeidungsprojekte werden durchgeführt, Monitoringgruppe bereitet ersten Monitoringbericht vor).

Bei diesem Verfahren hat sich besonders die Kombination der SUP mit mediativen Elementen (SUP am runden

Tisch) bewährt, indem die SUP in einem gleichberechtigten SUP-Team aus Vertretern der Verwaltung, der qualifizierten Öffentlichkeit und externen Abfallwirtschaftsexperten durchgeführt wurde. Dadurch ist eine weitgehend konsensuale Erstellung des Wiener Abfallwirtschaftsplans unter Beteiligung der betroffenen Interessensgruppen gelungen.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Kerstin Arbter
Institution: Büro Arbter
Telefon: 0043/1-218 53 55 Email: kerstin.arbter@aon.at

Nachhaltigkeit als Strategie(spiel)

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Aufruf zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsspielen
(Fragebogen, Internet-Partizipation, Workshops)

Themenbereich: nachhaltiger Lebensstil

Detailinfo/Publikation:

- Diverse Ausgaben der Zeitschrift von SOL (www.nachhaltig.at, SOL-Zeitung)
- www.futuro-preise.at
- www.nachhaltig.at/spiel

Beschreibung des Verfahrens:

Der Aufruf zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsspielen wurde von SOL Anfang 2003 gestartet. Dieses Projekt ist motiviert durch die Idee, dass die Verbreitung nachhaltiger Ideen durch ein Spiel gefördert werden könnte. Insbesondere dann, wenn dieses Nachhaltigkeitsspiel spannend ist, Spaß macht und – besonders wichtig – auf partizipative Art erfunden wurde.

In diesem Sinne bietet SOL Spieleworkshops an, in denen gemeinsam Ideen für Nachhaltigkeitsspiele entwickelt werden. Diese Workshops können als 2-stündige Impulsveranstaltungen angelegt werden oder auch bis hin zu mehrtägigen Workshops durchgeführt werden. Workshops werden von SOL veranstaltet und auch im Rahmen von thematisch passenden Veranstaltungen mitangeboten. (Beispiel: Zukunftssymposium BOKU Wien / März 2003, Vorarlberger Umwelttage / Mai 2003)

Natürlich können Spielideen auch individuell eingereicht werden, dazu steht ein Papierfragebogen zur Verfügung, Einreichungen können auch direkt per Internet gepostet werden.
Einreichfrist (vorläufig): Dezember 2003

Im Zuge dieses Spielaufrufs entsteht auch partizipativ eine Liste von bereits existierenden Nachhaltigkeitsspielen, diese kann von Internetusern erweitert werden bzw. können die gelisteten Spiele mit persönlichen Kommentaren versehen werden.

Für 2004 ist geplant, die eingereichten Spielideen zu veröffentlichen. Mittels individuellem Feedback (über Internet bzw. Fragebogen) und im Rahmen von regionalen Spielzirkeln, in denen diese Spielideen getestet werden, bekommen die Ideen ihren Feinschliff. Ende 2004 sollten so eines oder mehrere Spiele zur Spielreife gelangen und produziert werden.

Das Projekt läuft derzeit österreichweit.
Projektleitung: Verein SOL (Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil)
Projektkoordinationspartner: akaryon
Das Projekt wird von BMaA und BMIfuw unterstützt.

AutorIn (der Projektbeschreibung):

DI Petra Bußwald, DI Dan Jakubowicz
Institution: SOL (www.nachhaltig.at)
Telefon: 0043/1/876 79 24 Email: sol@nachhaltig.at
Institution: akaryon (www.akaryon.com)
Telefon: 0043/1/5039870 Email: info@akaryon.com

Ansprechperson zum Projekt:

DI Petra Bußwald
Telefon: 0043/0699/1009 5167
Email: busswald@akaryon.com

Regionales Monitoringsystem zur Stromversorgung der Region Raab im Rahmen des Regionalforums "Ried-Raab-Ranna"

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Regionales Dialog- und Monitoringverfahren

Themenbereich:

Energiewirtschaft

Detailinfo/Publikation:

www.pqm-raab.at ;

DI Rudolf Plattner, Energie AG OÖ, Böhmerwaldstraße 3, 4020 Linz, email: rudolf.plattner@energieag.at

Beschreibung des Verfahrens:

Entlang der Linie Ried-Raab-Ranna wurde 1997 durch die Energie AG OÖ. die Errichtung einer 110kV Stromleitung zur langfristigen Sicherung der Spannungsqualität in der Region geplant. Während des behördlichen Vorprüfungsverfahrens traten stärkere Konflikte innerhalb der betroffenen Gemeinden auf. Um die Bürger in entsprechend ausgewogener Form in die Entscheidungsfindung um die geplante 110kV-Leitung mit einbeziehen zu können, wurde im Oktober 1998 das Regionalforum "Ried-Raab-Ranna" gegründet. Es setzt sich zusammen aus den Bürgermeister, Fraktionsobleuten und Amtsleitern aus den elf von der geplanten Trassenführung betroffenen Gemeinden sowie aus Vertretern der Kammern, der gegründeten Schutzgemeinschaft und der Energie AG OÖ. Die Konzeption des Verfahrens und die Leitung der Sitzungen wurde durch das Institut Retzl durchgeführt. Ziel war es, allen Interessensgruppen den gleichen Informationsstand und die selben Möglichkeiten zu bieten, alle offenen Fragen zu behandeln, nachvollziehbar zu prüfen und abzuarbeiten. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Beratungen war die Vereinbarung, ein Gutachten einzuholen sowie die gemeinsame Verabschiedung eines entsprechenden Prüfprofils, das die Grundlage für das Gutachten bildete. Im Zuge des Vorprüfungsverfahrens wurde daraufhin durch die Energierechtsbehörde ein „wissenschaftliches Gutachten über die elektrotechnischen Aspekte der Maßnahmen zur Verbesserung der Stromversorgung im Raum Raab und Umgebung“ am Institut für Elektrische Anlagen der TU-Graz in Auftrag gegeben.

Als ein Resultat wurde gemeinsam mit dem Regionalforum ein "Power Quality Monitoring (PQM)" entwickelt, in dem die tatsächliche Veränderung des Stromverbrauches bzw. der damit zusammenhängenden Spannungsqualität an repräsentativen Stellen laufend gemessen und für alle Interessierten bzw. auch für die Behörden transparent gemacht wird (www.pqm-raab.at). Der Wirkungsbereich des regional kontrollierten Monitoringverfahrens umfasst 21 von der Spannungsqualität betroffenen Gemeinden in den Bezirken Ried und Schärding (OÖ) entlang eines Korridores von St. Ägidi im Norden bis Hohenzell im Süden. Seit 2001 werden in jährlichen Berichten die Daten über die Veränderung relevanter Parameter der regionalen Entwicklung durch das Institut Retzl herausgegeben.

Mit diesem dauerhaften Monitoringsystem wird erreicht, dass der Zeitpunkt der Umsetzung von technischen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungsqualität vereinbarungsgemäß direkt von der Region ausgeht. Die Region hat damit unstrittige Grundlagen zur Verfügung, die Entwicklung hinsichtlich der künftigen Stromversorgung autonom zu steuern.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Johann Ecker, MBA

Institution: Institut Retzl, Gemeindeforschung und Unternehmensberatung, Am Anger 6, 4040 Linz

Telefon: +43/732/737050-12, Email: johann.ecker@institut-retzl.at

Ansprechperson zum Projekt: wie oben

Mediations- und Bürgerbeteiligungsverfahren zum Wasserkraftwerk Lambach

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:

Mediationsverfahren

Themenbereich:

Energiewirtschaft

Detailinfo/Publikation:

DI Norbert Rechberger, Energie AG OÖ., Böhmerwaldstraße 3, 4020 Linz, email: norbert.rechberger@energieag.at;

Rechberger, N.: "Projekt Lambach - Ein Modell für soziales Projektmanagement" in: VEÖ Journal Nr. 5/2000, S. 24-28

Beschreibung des Verfahrens:

Rund um das Vorhaben des Baus des Traunkraftwerks durch die damalige OKA (heute Energie AG OÖ) kam es 1996 zu massiven Konflikten. Im Zuge eines Baustopps wurde von Landeshauptmann Dr. Pühringer in einem 10-Punkte-Programm u.a. die Durchführung eines Mediationsverfahrens zugesagt. Mit der Entwicklung und Organisation des Mediationsverfahrens wurde das Institut Retzl betraut. Das Konsensfindungsverfahren erfolgte in drei Gemeinde- bzw. Bürgerbeiräten (Lambach, Edt bei Lambach, Stadl Paura) mit folgenden Zielsetzungen:

- Entwicklung von Konfliktlösungswegen
- Kontrolle der Einhaltung von Vereinbarungen
- Verbindliche Kommunikation zwischen Bevölkerung, Gemeindevertreter und Projekterrichter, offizielle Ansprechstelle für alle Fragen der Bevölkerung
- Einbindung der ökologischen Bauaufsicht
- Landschaftsplanung

- Vorzeitige Information über den Planungsfortschritt des Projektes

Die Beiräte setzten sich aus gesetzlich legitimierten Gemeindevertretern (Bürgermeister und je zwei Vertreter der Gemeinderatsfraktionen), initiativen BürgerInnen (je drei Vertreter der KraftwerksgegnerInnen und BefürworterInnen) und dem Projekterrichter zusammen. Externe Experten wurden auf Bedarf kooptiert. Die Leitung von Plenums- und Arbeitsgruppensitzungen erfolgte durch das Institut Retzl.

Die Ergebnisse der Beratungen in den Bürgerbeiräten wurden veröffentlicht. Folgende konsensuale Ergebnisse konnten u.a. erzielt werden:

- Entwicklung eines Überprüfungs- und Kontrollsystems, inklusive „Schlichtungsgremium“ im Falle vermuteter Bauschäden bzw. Auswirkungen im Zuge des Kraftwerkbaus
- Um eine optimale Gestaltung des Umfeldes des Kraftwerkes zu gewährleisten, wurde die Landschafts- bzw. Ufergestaltungen, Rad- und Gehwege, Freizeiteinrichtungen, gemeinsam entwickelt
- Erstellung eines Verkehrskonzept für den Schwerverkehr im Zuge der Bauarbeiten

Das Verfahren wurde im Jahr 2000 nach Fertigstellung der Bauarbeiten abgeschlossen.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Johann Ecker, MBA

Institution: Institut Retzl, Gemeindeforschung und Unternehmensberatung, Am Anger 6, 4040 Linz

Telefon: +43/732/737050-12, Email: johann.ecker@institut-retzl.at

Ansprechperson zum Projekt: wie oben

Umweltkommission der Welser Abfallverwertung (WAV)

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:

Mediationsverfahren; Dialogforum

Themenbereich:

Abfallwirtschaft

Detailinfo/Publikation:

Retzl, Helmut: "Die Umweltkommission - Ein österreichisches Modell für Bürgerbeteiligung" in: Schriftenreihe des ÖWAV: "Konfliktkommunikation - Dialog zwischen Projektplanern und Betroffenen", Heft 97, S. 37-53, Bohmann Vlg. Wien, 1995;

GF Ing. Helmut Ehrenguber, AVE GmbH, Flughafenstraße 8, 4063 Horsching

Beschreibung des Verfahrens:

Die Umweltkommission (UK) der WAV wurde 1991/92 als zentrales Element des Bürgerbeteiligungs- bzw. Mediationsverfahrens rund um den Bau der thermischen Abfallverwertungsanlage in Wels (OÖ) entwickelt und eingerichtet. Der Gründung gingen Konfliktsituationen im Zuge der Behördenverfahren und die Entstehung von Bürgerinitiativen voraus. Die Ablehnung des Vorhabens durch diese Initiativen resultierte insbesondere auch aus negativen Erfahrungen mit einer alten Verbrennungsanlage am Standort, die aus Emissionsgründen geschlossen wurde. Der Anstoß zur Einbindung des Umfeldes in ein Konsensfindungs- und Beteiligungsverfahren wurde durch die damalige Geschäftsführung der WAV GmbH mit den damaligen Eigentümern Land OÖ, Stadt Wels, Oberösterreichische Kraftwerke AG und Elektrizitätswerk Wels gegeben. Das Institut Retzl wurde mit dem Aufbau und der Leitung des Verfahrens beauftragt. Ziel war es, neben der Konsensfindung rund um den Bau der Anlage auch eine dauerhafte Plattform zu schaffen, um Entwicklungen in der Abfallwirtschaft der Region begleiten und kontrollieren zu können.

In die Entwicklung des Verfahrens bzw. die Plattform der Umweltkommission waren von Beginn an VertreterInnen der Umweltausschüsse der Stadt Wels sowie der Anrainergemeinden Thalheim, Marchtrenk, Schleißheim und Weißkirchen einbezogen. Weiters wurden lokale ExpertInnen aus der Region (TechnikerInnen, ÄrztInnen), VertreterInnen der Bürgerinitiativen sowie nach einem Zufallsprinzip aus der Bevölkerung der einbezogenen Gemeinden ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ("Umweltschöffen") in die Umweltkommission berufen. Nach den Geschäftsordnungsregeln der UK obliegt es insbesondere den Umweltschöffen, aufgrund der Diskussionen und Beratungen Empfehlungen an die Entscheidungsträger abzugeben. Dadurch konnte auch in einer sehr angespannten Phase unterschiedlicher Interessensstandpunkte eine Vertretung der "Gesamtbevölkerung" entscheidend in das Verfahren eingebunden werden. In der praktischen Durchführung wurden Entwicklungsprojekte und die Kontrolle der Anlage laufend weiter begutachtet und beraten. Beispielhaft war die Umweltkommission bei der Systementscheidung für die Kompostieranlage sowie der Veränderung des Abfallkatalogs von vornherein eingebunden. Seit 1998 begleitete die Umweltkommission von Anfang an die Pläne zum Ausbau der Abfallverbrennungsanlage von ca. 60.000 Jahrestonnen auf ca. 240.000 Jahrestonnen. Die Planungsgrundlagen wurden noch vor Einreichung zum UVP-Verfahren in der Umweltkommission abgestimmt und konsensual verabschiedet. Alle Behördenverfahren konnten ohne Einspruch in erster Instanz abgeschlossen werden. Insgesamt wurden bereits 43 Plenumsberatungen in der Umweltkommission abgehalten.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Johann Ecker, MBA

Institution: Institut Retzl, Gemeindeforschung und Unternehmensberatung, Am Anger 6, 4040 Linz

Telefon: +43/732/737050-12, Email: johann.ecker@institut-retzl.at

Ansprechperson zum Projekt: wie oben

Mediations- und Interessensbeteiligungsverfahren S10 – Mühlviertler Schnellstraße

>> zum
Beginn**Art des Verfahrens:**

Mediationsverfahren

Themenbereich:

Verkehrsplanung

Detailinfo/Publikation:

HR DI Günther Bsirsky, Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Abt. Straßenbau, Kärntnerstraße 12, 4020 Linz; e-mail: guenther.bsirsky@ooe.gv.at

Beschreibung des Verfahrens:

Das Projekt S10 – Mühlviertler Schnellstraße soll zwischen dem Autobahnende der A7-Mühlkreisautobahn bei Unterweikersdorf (OÖ) bis zur Grenze bei Wulowitz (CZ) errichtet werden. Die geplante Trassenführung betrifft 10 Gemeinden mit rund 30.000 Bürgerinnen und Bürgern.

Das Land OÖ beauftragte das Institut Retzl mit der Entwicklung, Implementierung und Begleitung eines Konsensfindungsverfahrens. Die Ziele dieses Mediationsverfahrens sind:

- Gleichwertige Berücksichtigung verkehrlicher, straßenbautechnischer, ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte
- Bestmögliche Informations- und Kommunikationskultur
- Effiziente Planung durch frühzeitige, verbindliche und ausgewogene Einbeziehung aller Interessen
- Lösungsorientierte Konfliktaustragung und Entscheidungsfindung nach klaren „Spielregeln“

Die Zusammenarbeit aller Akteure basiert auf einer gemeinsamen „Vereinbarung“. Die beteiligten Interessensgruppen sind in drei Gremien organisiert und setzen sich wie folgt zusammen:

- Bürgermeister der 10 Gemeinden
- Vertreter der in den Gemeinderäten vertretenen politischen Parteien
- Bezirksparteien der ÖVP, SPÖ und FPÖ
- Ortsbauernschaften der 10 Gemeinden
- Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Arbeiterkammervertreter
- Arbeitsmarktservice
- Bezirkshauptmannschaft Freistadt
- Regionalmanagement Mühlviertel
- Vertreter von zehn Bürgerinitiativen sowie der Plattform der Bürgerinitiativen

Mit dem Planerteam, den Fachabteilungen des Landes Oberösterreich, der OÖ Umweltschutzbehörde und den Regionsinteressen wurde im August 2002 ein „3-Stufen Modell zur Variantenreduktion und Trassenauswahl“ erarbeitet. Das Verfahren befindet sich derzeit am Beginn der 3. und letzten Stufe (Vorprojekt).

Das S10-Bürgerbeteiligungsmodell ermöglicht die Auflösung höchst komplexer bestehender Sachverhalte. Der Prozess der Entscheidungsfindung ist mit allen Akteuren festgelegt, sozial akkordiert und den fachlichen Anforderungen entsprechend.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Otto Kriegisch (Mediator), Prof. DDr. Helmut Retzl (Verfahrensleiter)

Institution: Institut Retzl, Gemeindeforschung und Unternehmensberatung, Am Anger 6, 4040 Linz

Telefon: +43/732/737050-12, Email: office@institut-retzl.at

Ansprechperson zum Projekt: wie oben

Mediationsverfahren Flughafen Wien

>> zum
Beginn**Art des Verfahrens:**

Mediationsverfahren

Themenbereich: Verkehr**Detailinfo/Publikation:** <http://www.viemediation.at>
http://www.viemediation.at/03presse/newsletter_jun_2003.pdf
Beschreibung des Verfahrens:

Auf Initiative der Leitung des Flughafens Wien wurde im Januar 2001 das bisher umfangreichste Mediationsverfahren in Österreichs gestartet. Man entschloss sich zu diesem Schritt, da ein weiterer Ausbau des Flughafens für notwendig erachtet wurde, man aber bereits in der Vergangenheit wiederholt mit Beschwerden

seitens der Bevölkerung konfrontiert war. Ziel des Verfahrens ist es, verbindliche Vereinbarungen über die weitere Entwicklung zu erreichen. Hierbei soll ein Ausgleich zwischen der Sorge der Bevölkerung um ihre Lebensqualität und den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Flughafenbetriebes gefunden werden.

An dem Verfahren, das von einem erfahrenen Mediatorenteam begleitet wird, sind insgesamt 50 Parteien beteiligt: i.e. Nachbarschaftsbeirat (9 Gemeinden), Umweltschutzvereine (2), Bürgerinitiativen (9), Siedlervereine (3), Flugbetrieb (3), politische Parteien (8), Länder (2), Wiener Bezirke (6), Kammern, Verbände und Interessenvertretungen (7) und Nationalpark Donauauen (1).

Man erkannte, dass das 50-köpfige Mediationsforum nicht geeignet ist, um effizient an der Aufgabenstellung arbeiten zu können. Die inhaltliche Arbeit zu verschiedenen Themen wird von einzelnen Arbeitskreisen und -gruppen innerhalb eines 25-köpfigen Arbeitsausschusses geleistet. Erste Ergebnisse des Prozesses wurden der Öffentlichkeit im Dezember 2001 präsentiert. In der Folge wurden weitere Arbeitskreise eingerichtet. Das Ende des Mediationsverfahrens war ursprünglich Mitte 2002 geplant gewesen, wurde aber auf Wunsch aller Beteiligten verlängert.

Ende Mai 2003 wurde schließlich ein Teilvertrag abgeschlossen, der sich vor allem mit der Entlastung der am stärksten betroffenen Siedlungsgebiete sowie mit Nachtflugregelungen, technischem Lärmschutz und individuellen Entschädigungen beschäftigt. 47 der 50 Verfahrensparteien haben den Vertrag bisher unterschrieben. Eine der Verfahrensparteien, eine Bürgerinitiative, ist aus dem Verfahren ausgestiegen. Das Verfahren, dessen Ende mit November 2003 anvisiert ist, befindet sich in seiner Schlussphase und zeigt, dass auch ein Mediationsverfahren mit vielen Anspruchsgruppen eine reelle Chance auf Konsenslösungen hat.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Astrid Konrad
Institution: Wirtschaftsuniversität Wien
Telefon: 0043/1/31336-4807
Email: astrid.konrad@wu-wien.ac.at

Ansprechperson zum Projekt: Dr. Thomas Prader
Email: office@prader-plaz.at
<http://www.viemediation.at>

URIS - Umfeld-Rückkoppelungs- und Informationssystem zum Flughafen Linz - Blue Danube Airport

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:
Dialogforum

Themenbereich:
Infrastrukturentwicklung, Verkehr/Transport

Detailinfo:
Dir. DI Gerhard Kunesch, Flughafenstraße 1, 4063 Horsching, email: g.kunesch@flughafen-linz.at

Beschreibung des Verfahrens:

Das Dialogverfahren bezieht die Bürgermeister bzw. Vertreter der Standortgemeinde Horsching sowie Linz, Traun, Kirchberg-Thening, Oftring, Pasching, Ansfelden und Marchtrenk, die Wirtschafts- und Arbeiterkammer, die Industriellenvereinigung, das Regionalforum Linz-Land, das Militärkommando Oberösterreich, die Bezirkshauptmannschaft Linz-Land, die Austro Control GmbH sowie den Flughafen Linz mit ein. Die Entwicklung des Systems und die Gründung der Dialogplattform "URIS-Beirat" erfolgte im Jahr 1999 auf Initiative des Verkehrsressorts des Landes Oberösterreich. Der Initiative ging eine verstärkte regionale und mediale Diskussion um Lärmthemen wie auch um eine Ausweitung der Betriebszeiten voraus. Die zu diesem Zeitpunkt neu bestellte Leitung des Flughafens war bereit, das Dialogverfahren aktiv zu unterstützen. Die Erstellung des Verfahrens und die operative Betreuung wurde durch das Institut Retzl übernommen. Das Kernstück des auf Kontinuität angelegten Dialogverfahrens ist der auf einer freiwilligen Vereinbarung beruhende URIS Beirat, in dem die Beratungen der Interessensgruppen erfolgen. Mittlerweile wurden 16. Plenumsitzungen abgehalten. Wesentlich ist auch die Aufgabe unmittelbare Anraineranliegen zu beraten sowie periodische Anrainerbefragung (2000, 2003) rund um Themen des Flughafens durchzuführen. Insbesondere konnte in Zusammenarbeit mit den Airlines eine Verringerung der Betriebszeitenüberschreitung erreicht werden. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Steuerung einer vertraglichen Infrastrukturentwicklung am und rund um den Flughafen. Aktuell wurde gemeinsam mit dem URIS-Beirat und der Abteilung Umwelt- und Anlagentechnik des Landes OÖ. eine Lärmmesssystem installiert und der Probebetrieb gestartet. Die erreichten Erfolge zeigen, dass ein rechtzeitiger Dialog über Vor- und Nachteile von Infrastrukturvorhaben das Eskalationspotenzial einer Region wesentlich verringert und die Notwendigkeit aufwändiger Mediationsverfahren reduziert. Der rechtzeitige Aufbau einer Dialogkultur und die Sicherung der transparenten, unabhängigen Durchführung des Informationsaustausches sind dabei entscheidend.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Johann Ecker, MBA
Institution: Institut Retzl, Gemeindeforschung und Unternehmensberatung, Am Anger 6, 4040 Linz
Telefon: +43/732/737050-12, Email: johann.ecker@institut-retzl.at
Ansprechperson zum Projekt: wie oben

Moderationsverfahren begleitend zur Pflege- und Entwicklungsplanung für das Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald (Naturschutzgroßprojekt)

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Verfahren mit mediativen Elementen

Themenbereich: Naturschutz

Detailinfo/Publikation: in Vorbereitung: Nationalkomitee-Veröffentlichung „MAB-Programme in Deutschland“; Kehl, C.; Baranek, E.; Günther, B.: Moderationsverfahren bei dem Gewässerrandstreifenprojekt im Biosphärenreservat Spreewald, erscheint im Springer-Verlag voraussichtlich November 2003

Beschreibung des Verfahrens:

Das Gewässerrandstreifenprojekt wird in Deutschland, Bundesland Brandenburg im Biosphärenreservat Spreewald durchgeführt. Der Ablauf ist in zwei Phasen gegliedert, davon wird die erste, die Erarbeitung der Pflege- und Entwicklungsplanung, durch o.g. Moderationsverfahren begleitet. Ziel ist, einen in der Region abgestimmten Plan, unter Beteiligung der Bevölkerung sowie fachlich interessierter und betroffener InteressenvertreterInnen zu erstellen. Das heißt, die naturschutzfachliche Planung mit konkurrierenden Nutzungen abzustimmen, Naturschutz- und Regionalentwicklungsziele zusammen zu führen, über Probleme und Lösungsansätze Transparenz herzustellen und Akzeptanz sowie Unterstützung für die geplanten Maßnahmen in der Bevölkerung zu gewinnen. Durchgeführt wurde ein sehr breites Verfahren, das sich auf unterschiedliche „Bausteine“: Situationsanalyse, Verfahrensmanagement, Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Informationsveranstaltungen, Ausstellung), Arbeitsgruppen (FAG und GAG), Dokumentationen sowie auf das Moderationsplenum stützt. Beteiligt wurden mindestens 12 Interessengruppen. Die wesentliche Arbeit wird in den thematischen Facharbeitsgruppen (FAG) und Raum bezogenen Gebietsarbeitsgruppen (GAG) geleistet und im Moderationsplenum zusammengeführt.

Impulsgeber für das Moderationsverfahren waren die Zuwendungsgeber, das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Land Brandenburg (MLUR). Auftraggeber ist der Zweckverband Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald als Projektträger. Die Moderation wurde von Beate Günther und Elke Baranek im Auftrag von Bornholdt-Ingenieure GmbH übernommen.

Das Verfahren wird entsprechend des Planungszeitraums von Juni 2001 bis September 2003 durchgeführt. Daran schließt sich bei Bewilligung die Umsetzungsphase an.

Festzustellen ist, dass sich die „Bausteine“ dieses Moderationsverfahrens bewährt haben. Wichtig ist die Verschneidung von Planungsverfahren (Inhalte) und Moderation (Prozess) zu gewährleisten. Dazu wurde im Rahmen des Verfahrensmanagements eine „Strategiegruppe“ gebildet, die durchzuführende Veranstaltungen gemeinsam vorbereitete. Dieses Vorgehen erfordert einen hohen, allerdings notwendigen Zeitaufwand, der in der Konzeption weiterer Verfahren berücksichtigt werden sollte.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Elke Baranek

Institution: freiberufliche Moderatorin, wiss. Mitarbeiterin TU Berlin

Telefon: 0049/307531182 Email: elke.baranek@snaflu.de

Kooperatives Schutzgebietsmanagement in Costa Rica und Ecuador. Naturschutz durch Selbststeuerung?

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Verfahren mit mediativen Aspekten, kooperativer Diskurs als Verfahrenskultur, Workshops als Instrument, abgewandelte Anwaltsplanung durch Integration externer Experten bei Sachfragen, Mehrebenensteuerung (Check and Balance, Gegenstromprinzip, langer Schatten der Hierarchie; s. Abbildung)

Themenbereich: Entwicklung und Steuerung von Großschutzgebieten, Entwicklungsländer, Naturschutz, Tourismus, Raum- und Regionalentwicklung

Detailinfo/Publikation:

Carsten Kolbe:

Kooperatives Management von Schutzgebieten
in Costa Rica und Ecuador.

Naturschutz durch Selbststeuerung?

Berliner Beiträge zur Ökologie, Band 1

Berlin: Weissensee Verlag 2002

ISBN 3-934479-71-5

267 Seiten, Preis: € 29,00; SFr 54,70

weitere Informationen unter www.weissensee-verlag.de

Beschreibung des Verfahrens:

Staatsversagen und Marktliberalisierungen reduzieren die Möglichkeiten, Natur- und Umweltschutz in Entwicklungsländern mittels Gesetzen zu realisieren. Gleichzeitig entstehen durch eine Demokratisierung,

Dezentralisierung und Dekonzentration der staatlichen Verwaltung vielerorts neue Möglichkeiten für den Aufbau kooperativer Verwaltungsstrukturen.

Die Dissertation behandelt die Entstehung und Funktion sowie die Chancen und Grenzen eines kooperativen Managements von großen Schutzgebieten in Lateinamerika am Beispiel von Costa Rica und Ecuador seit Mitte der neunziger Jahre. Der Focus liegt dabei auf Gebieten mit erheblichen Nutzungskonflikten, die gleichzeitig ein beachtliches naturraumorientiertes touristisches Potential aufweisen.

Exemplarisch werden die Schutzgebiete Gandoca-Manzanillo in Costa Rica (Atlantikküste) und die Galápagos Inseln in Ecuador untersucht.

Die neuen Beteiligungsverfahren des Ko-Managements integrieren neben der staatlichen Naturschutzverwaltung (bzw. anderen zuständigen Verwaltungen) gleichberechtigt die Nutzer und ihre Organisationen sowie die Kommunen in ein kollektiv-korporatistisches Akteursmodell. Innovative Steuerungsverfahren innerhalb eines Mehrebenenverfahrens stärken die Selbstverantwortung und –verwaltung der Akteure des Schutzgebietes. Sie ermöglichen durch transparente Verfahren eine verstärkte gegenseitige Kontrolle der Beteiligten in den Gremien untereinander sowie durch die Öffentlichkeit. Der Staat gibt die Rahmenbedingungen und eine Rechtsicherheit für die Verfahren und ihrer Ergebnisse vor. Finden die Akteure keine Einigung oder verstoßen sie gegen die Rahmenbedingungen, kann ihnen durch das jeweils höhere Gremium, die Entscheidungskompetenz entzogen werden (lange Schatten der Hierarchie). Dadurch werden die Arbeitsfähigkeit der Gremien und die Kompromissuche gefördert (s. Abbildung).

Das Mehrebenenverfahren fördert außerdem die Akzeptanz, stärkt lokale Organisationen und hat Konflikte entschärft. Es hat dazu beigetragen Managementpläne zu erstellen bzw. umzusetzen sowie Monitoringsysteme aufzubauen. Besonders anfällig ist das System, wenn der Staat seine Unterstützung entzieht, einzelne Nichtregierungsorganisationen für eine Vertretung bzw. Bindung der Belange ihrer Klientel zu schwach sind oder starke externe Einflüsse durch Rohstoffe wie Erdöl bzw. maritime Organismen (Seegurkenfischerei) auftreten.

Naturschutz durch Selbststeuerung wird in den umrissenen Bereichen und Rahmenbedingungen möglich. Der Systemtheoretische Ansatz erlaubt die Analyse und Übertragbarkeit des Modells auf andere Schutzgebiete und Länder.

Ansprechperson und Autor: Dr. Carsten Kolbe

Institution: Institut für ökologische Raumentwicklung e. V., Dresden, Deutschland

Telefon: 0049/0351-4679-241

Email: c.kolbe@ioer.de



Aus der Dissertation v. Kolbe 2002: 221

Tansania - Ökologische Landwirtschaft und Vermarktung in Kasulu (Tuma Uma)

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Projekt der Entwicklungszusammenarbeit

Themenbereich: Umwelt und Entwicklung: Ländliche Ökonomische Entwicklung

Detailinfo/Publikation: www.care.at

CARE Jahresbericht 2002

Weiter Informationen auf Anfrage

Beschreibung des Verfahrens:

Der Bezirk Kasulu liegt abgeschieden im Nordwesten des Tanganjikasees in Tansania. Die Region gehört zu den ärmsten Gebieten Tansanias (Pro-Kopf-Einkommen ca. EUR 40 im Jahr), 90 Prozent der EinwohnerInnen Kasulus sind Subsistenzbauern, das heißt sie bauen traditionelle Feldfrüchte für den eigenen Bedarf an und verkaufen eventuelle Überschüsse - meist mit minimalen Gewinn - auf den lokalen Märkten. Unangepasste Bewirtschaftungsformen führen zusätzlich zu fortschreitender Bodenerosion, zur Abholzung der Wälder und Verschmutzung von Wasserressourcen.

CARE hat daher im Jahr 2000 mit einem Pilotprojekt (Dauer bis Dezember 2003) zur nachhaltigen Entwicklung begonnen. Ziel des Projektes ist es die Lebensbedingungen von 4.000 Haushalten in 13 Dörfern der Region nachhaltig zu verbessern und gleichzeitig die ökologischen Ressourcen Wald, Wasser und Boden zu bewahren.

Im Rahmen des Projekts werden lokale LandwirtInnen zu BeraterInnen und TrainerInnen ausgebildet, die dann andere Bauern/Bäuerinnen in ihren Dörfern über neue angepasste landwirtschaftliche Techniken und Vermarktungsmethoden informieren. Zusätzlich werden lokale Behörden gestärkt und Bauernvereinigungen aufgebaut, um nachhaltige und selbständige Strukturen zu entwickeln, die den LandwirtInnen auch nach Projektende Trainings und Beratung langfristig anbieten können. So wurden etwa neue ertragreichere Mais- und

Bohnsorten sowie attraktive Feldfrüchte, wie zum Beispiel Ingwer und Vanille, eingeführt.

Die ProjektteilnehmerInnen wurden von Anfang an in die Planung und Umsetzung des Projekts involviert und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Im Rahmen einer partizipativen Evaluierung wurde durch einen sozialen Lernprozess die Projektstrategie weiter an die lokalen Gegebenheiten angepasst.

Das Pilotprojekt wird durch den Rahmenvertrag mit der österreichischen Bundesregierung (ca. EUR 760.000,-) finanziert und in Zusammenarbeit mit CARE Tansania durchgeführt. Für die Hauptphase wurde um Finanzierung bei der Europäischen Union und der Dänischen Regierung angesucht.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Mag. Peter Scheuch - Programmkoordinator Umwelt und Entwicklung
Institution: CARE Österreich
Telefon: 0043/1/7150715
Email: care@care.at

Ansprechperson zum Projekt: Mag. Peter Scheuch
Email: peter.scheuch@care.at

Die Soziale Nachhaltigkeit in der Unternehmenspraxis

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:

Workshop

Themenbereich: Soziale Nachhaltigkeit, Einbeziehung von KMUs

Detailinfo/Publikation:

Zwischenbericht zum Stand des Projektes im Juni 2003 in:

Kaltenegger, I: (2003) Social Sustainability in companies daily business; Conference Proceedings der 5th International Summer Academy on Technology Studies – Corporate Sustainability vom 13. – 19.7.2003, Deutschlandsberg

Beschreibung des Verfahrens:

Der Begriff Nachhaltigkeit hat in den gängigen Auffassungen drei eng miteinander verbundene Dimensionen: Wirtschaft, Ökologie und Soziales. Während die wirtschaftliche und die ökologische Komponente bereits seit längerem und ausführlich bearbeitet werden, bleibt die soziale Dimension der Nachhaltigkeit eher wenig greifbar, wodurch eine praktische Umsetzung in Unternehmen und Regionen erschwert wird und dementsprechend bisher noch nicht in breitem Maße stattgefunden hat.

Dieses Projekt geht von der Hypothese aus, dass die stärkere Berücksichtigung sozialer Nachhaltigkeitsaspekte zur Stärkung von Betrieben und ihren Standorten beitragen kann, indem beispielsweise eine stärkere Identifizierung der (inner- und außerbetrieblichen) Stakeholder mit dem Betrieb, Vorteile durch Kooperationen und Netzwerke, verbesserte Kooperationen mit Regionen, sowie Wettbewerbsvorteile durch Imagegewinn erzielt werden können. Die speziell auf Betriebe und Regionen ausgerichtete und in Mitarbeit mit diesen erarbeitete Aufbereitung und Kommunikation der sozialen Dimension einer nachhaltigen Entwicklung (aber auch der ökologischen und ökonomischen Dimension) soll das Leitbild auf einer breiteren Basis als bisher „lebbar“ machen und damit einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel in Richtung Zukunftsfähigkeit leisten.

Ziel des Projektes ist es nun, die strategische Bedeutung und den konkreten Nutzens von nachhaltiger Entwicklung für Betriebe und Regionen, vor allem durch kommunikative, zielgruppengerechte Aufbereitung von relevanter Information zu (sozialer) Nachhaltigkeit zu vermitteln. Geplant sind unter anderem zielgruppengerechte, praxisorientierte und einfach anwendbare Kriterien und Indikatoren für eine sozial nachhaltige Entwicklung von Betrieben und Region sowie die Entwicklung von zielgruppengerechtem Informationsmaterial, das den „Awareness-building“ Prozess sowie den Wissenstransfer über Nachhaltigkeit von der Wissenschaft in Betrieben und Regionen unterstützt. Erreicht werden soll dies vor allem durch die aktive Mitarbeit einiger Pilotbetriebe bei der Erarbeitung des Konzeptes und Materialien.

Das Projekt wurde im Oktober 2002 in der Region Süd-Österreich (Südburgenland, Steiermark und Kärnten) auf Initiative des Instituts für Nachhaltige Techniken und Systeme der JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH gestartet und endet voraussichtlich im Juni 2004.

Nach einer ausführlichen Literaturrecherche und der Befragung von 1346 Betrieben in der Region beginnt im Herbst diesen Jahres die aktive Phase mit etwa 5-10 interessierten Unternehmen.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Mag. Ingrid Kaltenegger
Institution: JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH; Institut für Nachhaltige Techniken und Systeme
Telefon: 0043/316/876-2425
Email: Ingrid.kaltenegger@joanneum.at

Ansprechperson zum Projekt: siehe oben

Offene Umfeldkommunikation für kleine und mittlere Unternehmen

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Aufbau von Stakeholder-Dialogangeboten durch kleine und mittlere Unternehmen

Themenbereich: Stakeholder-Dialoge von Unternehmen / Nachbarschaftskonflikte

Detailinfo/Publikation: unter www.hammerbacher.de:

Projektbeschreibung, Rundbrief des Projektes, ein Ergebnis-Flyer und ein Basiskonzept werden zur Zeit erstellt

Beschreibung des Verfahrens:

Die Projektidee hinter „Offene Umfeldkommunikation“:

Historisch bedingte Standorte von Unternehmen in direkter Nähe zu Wohngebieten und die damit verbundenen Umweltrisiken und Emissionen führen häufig zu Konflikten mit dem nachbarschaftlichen Umfeld. Qualifizierte Strategien der offenen Umfeldkommunikation zielen auf eine methodische Kommunikation als Mittel zur einvernehmlichen Identifizierung von Problemen und Prioritäten und zur Entwicklung realistischer Lösungen. Mit offener Umfeldkommunikation liegen überwiegend positive Erfahrungen für Großunternehmen vor. Das Projekt wertet diese Erfahrungen aus und befähigt kleine und mittlere Unternehmen (KMUs), mit ihren eigenen Ressourcen ebenfalls geeignete Varianten der Umfeldkommunikation zu entwickeln und einzuführen. Dabei werden Vorgehensweisen der Moderation, der Mediation und dem Konfliktmanagement genutzt. Die Träger des Projektes – IHK Hannover, HWK Hannover und Gewerbeaufsichtsämter Hannover, Göttingen und Hildesheim – wollen mit dem Projekt ihre Beratungskompetenz für KMUs ihrer Region in Standortsituationen mit Umweltkonflikten ergänzen. Projektberater ist das Büro Hammerbacher aus Osnabrück. Förderer ist die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Am Projekt, das im September 2001 startete, haben sich acht KMUs beteiligt. Diese haben die Kommunikation mit ihrem Umfeld – Anwohner, gesellschaftliche Gruppen, Behörden – intensiviert und teilweise eigene Gesprächskreise eingeführt. Die Abschlussveranstaltung wird am 01. Oktober in Hannover stattfinden.

Ergebnistrends:

- Der Aufbau eigener Umfeldkommunikationsangebote ist für KMUs praktikabel und lohnend – als langfristige Investition zur Standortsicherung.
- Ein konstruktiver Dialog, in dem auch strittige Themen sachgerecht bearbeitet werden, wird erreicht – bis zu gemeinsam getragenen Lösungen.
- Der Aufbau guter Nachbarschaftskommunikation braucht Zeit: Eine frühzeitige Initiative schafft Vertrauen und ist aktive Krisenprävention.
- Eine Anschlag-Unterstützung für KMUs ist sinnvoll: Im Projekt werden Materialien entwickelt und ein Berater-Pool für KMUs aufgebaut.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Maren Schüpphaus

Institution: Büro Hammerbacher

Telefon: 0049/541-33882-15

Email: ms@hammerbacher.de

Anwendungspotential und Rolle der Mediation im Zusammenhang mit der Umsetzung von Nachhaltigkeit auf betrieblicher und regionaler Ebene

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Expertenbefragung

Themenbereich: Mediation und Konfliktmanagement als Mittel zur Unterstützung von Nachhaltigkeitsprozessen

Detailinfo/Publikation: Der Ergebnisbericht zur Expertenbefragung steht ab Mitte August 2003 als Download zur Verfügung!

<http://www.infopoint-mediation.at>

Beschreibung des Verfahrens:

In der Österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung wird das Verfahren der Mediation zur Umsetzung von Nachhaltigkeit an einigen Stellen explizit erwähnt. Die praktischen Erfahrungen mit Mediation bei Konflikten im Umweltbereich bzw. in Nachhaltigkeitsprozessen beschränken sich jedoch derzeit auf einige wenige Beispiele. Im Rahmen eines Eigenforschungsprojekts der JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft wurden folgende Fragestellungen untersucht:

- Wie hoch wird ein allfälliges Anwendungspotential für partizipative Konfliktlösungsverfahren von Experten aus der Nachhaltigkeitsforschung, Mediation, Verwaltung und Wirtschaft eingeschätzt?

- Welche konkrete Rolle kann Mediation im Zusammenhang mit der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien in Unternehmen und Regionen spielen?
- Welche Charakteristika der Mediation (bzw. alternativer Konfliktlösungsinstrumente) sind für eine möglichst schnelle, kostengünstige und nachhaltige Lösung von Konflikten im öffentlichen Bereich (mit Umweltrelevanz) besonders förderlich/hinderlich?
- Wie wurden bestehende Konflikte im öffentlichen Bereich bisher gelöst? Welche Konfliktmuster können identifiziert werden?
- Wie könnten die Rahmenbedingungen und Elemente zukünftiger partizipativer Konfliktlösungssysteme aussehen?
Die Untersuchungsmethode bestand in Tiefeninterviews mit insgesamt 11 Experten auf dem Gebiet der Nachhaltigkeitsforschung und Mediation sowie mit ausgewählten Personen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft (Zeitraum der Interviews von Februar bis April 2003).

Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- Umweltkonflikte bzw. Konflikte im Zusammenhang mit der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien werden in Zukunft vorwiegend Infrastrukturprojekte (Energie, Verkehr), Raumplanung und Standortfragen betreffen
- Bisher wurden Umweltkonflikte hauptsächlich im Rahmen von Behördenverfahren bzw. Gerichtsverfahren gelöst; erfolgreiche praktische Erfahrungen mit partizipativen Konfliktlösungsinstrumenten (Mediation, Runde Tische, Planungszellen,...) gibt es nur vereinzelt. Neben unzureichender Information über diese alternativen Verfahren werden auch die gering ausgeprägte Mitbestimmungs- und Partizipationskultur in Österreich als Gründe angeführt.
- Generell wird die Parteienstellung betroffener Akteure in Behördenverfahren als nicht zufriedenstellend bewertet; aber auch die Frage „wie viel Partizipation ist dem Bürger zumutbar“ wurde aufgeworfen.
- Konfliktpotential ist in jedem Nachhaltigkeitsprozess inhärent vorhanden – Zielkonflikte zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragestellungen -, jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt bzw. relevant (Unternehmen, lokale und regionale Ebene bzw. strategische, programmatische und Projektebene)
- Ein prinzipielles Anwendungspotential von Mediation im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsprozessen wurden von allen befragten Experten erwähnt – jedoch in unterschiedlichem Ausmaß sowie je nach konkretem Anlassfall

Ergebnisse im Detail sind im Ergebnisbericht enthalten (Fertigstellung: Mitte August 2003)

AutorIn (der Projektbeschreibung): Mag. Barbara Hammerl
Institution: JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft
Institut für Nachhaltige Techniken und Systeme (JOINTS)
Telefon: 0043/316 876-2423 Email: barbara.hammerl@joanneum.at

Ansprechperson zum Projekt: s.o. Email

futuro – Nachhaltigkeitsbewertung von Produkten

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

wissenschaftliches Verfahren zur kombinierten ökologisch-sozialen Produktbewertung mit partizipativen Elementen (Fragebogen, Internet-Partizipation)

Themenbereich: Konsum

Detailinfo/Publikation:

- „Sustainable Austria“ Nr. 22, SOL, Dezember 2002
- Bußwald P., Niederl F., Jakubowicz D., Schuh B. (2002): Futuro – eine partizipative Plattform für nachhaltigen Konsum, Technikgestaltung im 21. Jahrhundert im Spannungsfeld von Markt, Regulierung und Partizipation, Wien, Mai 2002
- Bußwald P., Niederl F., Jakubowicz D., Schuh B. (2002): Futuro – a sustainable consumption network, ENVIRO INFO VIENNA 2002 16th International Symposium on Environmental Informatics, Wien, September 2002
- www.futuro-preise.at

Beschreibung des Verfahrens:

Motivation für SOL, das Projekt futuro im Jahr 2001 zu initiieren, war und ist der Umstand, dass „wir auf Kosten der Dritten Welt und künftiger Generationen leben“. Die Idee, dass die Transparentmachung dieser Kosten zu einem Umdenken und –handeln beitragen könnte mündete in das Projektziel von futuro ein Verfahren zu entwickeln, das diese Kosten für möglichst viele Konsumprodukte quantifiziert und kommuniziert, bzw. eine Nachhaltigkeitsbewertung von Produkten darstellt.

Da Nachhaltigkeit keine objekt-wissenschaftliches Ziel ist, sondern eines gesellschaftlichen Commitments bedarf, werden Werthaltungen der Gesellschaft in das Verfahren eingebaut:

2003: Derzeit werden die sechs Kriterien: gerechte Entlohnung, Sozialstandards, CO₂-Äquivalente, Flächenbedarf, Materialbedarf und Toxizität in das Verfahren eingebaut. Für jedes dieser Kriterien wird zuerst die von den

Konsumbedürfnissen der in Österreich lebenden Menschen verursachte Quantität (z.B. Tonnen CO₂/Jahr) wissenschaftlich möglichst exakt ermittelt. Die Gewichtung dieser Kriterien zueinander – und somit ihre Aggregation auf eine einzige Kennzahl, den „futuro-Preis“ des Produkts – erfolgt unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Gewichtung der Kriterien, welche 2002 über Internetbefragung und NGO-Partner-Medien erfolgte (180 Personen).

In der vorangehenden ersten futuro-Partizipationsrunde nahmen 108 Personen auch Einfluss auf die Festlegung der Kriterien an sich nehmen. Für 2004 ist – nach Vorstellung des Verfahrens anhand der Bewertung einiger Pilotprodukte im Jahr 2003 – eine größere und somit repräsentativere Bewertungsrunde geplant.

Das Projekt läuft derzeit österreichweit.

Projektleitung: Verein SOL (Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil)

Projektkoordinationspartner: akaryon

NGO-Partner: Klimabündnis, ARGE Weltläden, TransFair und weitere NGOs

Wissenschaftliche Kooperationen: WU Wien, BOKU Wien, Montanuniversität Leoben, Universität Graz.

Das Projekt wird von BMLFUW, BMAA und BMBWK unterstützt.

AutorIn (der Projektbeschreibung): DI Petra Bußwald, DI Dan Jakubowicz

Institution: SOL (www.nachhaltig.at)

Telefon: 0043/1/876 79 24 Email: sol@nachhaltig.at

Institution: akaryon (www.akaryon.com)

Telefon: 0043/1/5039870 Email: info@akaryon.com

Ansprechperson zum Projekt: DI Petra Bußwald

Telefon: 0043/0699/1009 5167

Email: busswald@akaryon.com

Bürgerkonferenz „Gendiagnostik“

>> zum
Beginn

Art des Verfahrens:

Konsensus-Konferenz

Themenbereich: Gendiagnostik, Gentechnik, Stammzellenforschung

Detailinfo/Publikation: www.buergerkonferenz.de

www.sellnow.de

Silke Schick Tanz, Jörg Naumann (Hrsg.):

„Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik. Ein

Modell der Bürgerbeteiligung am bioethischen

Diskurs“. Verlag Leske und Budrich, Opladen, 2003

Beschreibung des Verfahrens:

- Das Projekt fand in Dresden (Deutschland) statt
- Ziel war der Versuch, ein Laiengremium von zufällig ausgewählten Bürgern mit der Frage zu konfrontieren, ob durch Gesetzesänderung die derzeit verbotenen Bereiche der Gendiagnostik geöffnet werden sollten (Politikberatung für den Deutschen Bundestag)
- Initiator war das Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.
- Auftraggeber (s. Initiator). Das Verfahren wurde organisatorisch durchgeführt vom Deutschen Hygienemuseum in Dresden, Moderator war Reinhard Sellnow, Nürnberg
- Per Zufallsstichprobe wurden bundesweit 19 Personen aus der Einwohnermeldedatei ausgewählt und eingeladen zu 2 Vorbereitungswochenenden und einer Hauptkonferenz nach Dresden zu kommen
- Projektstart war Januar 2001 Projektende Dezember 2001. Das Projekt ist abgeschlossen
- Die ausgewählten Personen waren von der Altersstruktur und den Berufsgruppen her erstaunlich repräsentativ für den Bevölkerungsdurchschnitt. Mit Hilfe der Experten gelang es, die Bürger in relativ kurzer Zeit inhaltlich zu einer derartigen Diskussion zu befähigen. Die Ergebnisse waren letztlich kein Konsens, entsprachen aber erstaunlicherweise recht gut der bundesweiten Expertendiskussion zu diesem Thema. Der Organisationsaufwand für eine Konsensuskonferenz ist sehr hoch und für die Lainteilnehmer war die Konferenz auch recht fordernd und anstrengend. Das Feedback – auch von den Teilnehmern – war gut.

AutorIn (der Projektbeschreibung): Reinhard Sellnow (Mediator)

Amtmannsbrücklein 1

D 90475 Nürnberg

Telefon: 0043/911/ 35 77 61

Email: reinhard@sellnow.de

internet: www.sellnow.de

Ansprechperson zum Projekt: Reinhard Sellnow (Moderation)

Hygiene Museum Dresden

Jörg Naumann (Organisation)

Mediation in Indien – Eine gesellschaftliche Chance?

[>> zum
Beginn](#)

Art des Verfahrens:

Überblickseminar mit Workshopelementen

Themenbereich: Informationsveranstaltung zu Mediation, zur Ausbildung und zur Einbindung der Mediation in das Verwaltungshandeln

Detailinfo/Publikation: Mediation – Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft Mediation im Deutschen Anwaltsverein

Beschreibung des Verfahrens:

Im Sommer 2002 erhielt ich eine Anfrage des Max Mueller Bhavan (Goethe Institut) in Chennai (vorm. Madras) in Südindien einen Workshop für indische Anwälte und Richter des High Court durchzuführen.

Ziel der Veranstaltung war, einen Überblick über Mediation und die Implementierung der Mediation in Verwaltungshandeln zu geben. Durch Mediation sollte der riesige Prozessstau in indischen Gerichten abgebaut werden und die Verfahren für die Betroffenen effektiver und sachorientierter gestaltet werden. Der Leidensdruck und die Resignation bei den Rechtsanwältinnen waren groß.

Das Seminar führten Marcus Hehn und ich gemeinsam durch. Wir haben beide, Marcus Hehn als Rechtsanwalt und Kenner förmlichen Verwaltungshandelns und ich als Psychologin – umfangreiche Erfahrung mit Mediation in Theorie und Praxis.

Zu den interessierten 25 indischen Anwälten und Richtern gesellte sich auch ein Vertreter der Deutschen Botschaft und die Leiterin des Goethe Instituts. Vorgestellt wurden die Prinzipien der Mediation und der Ablauf entsprechender Verfahren. Ausführlich referierten und diskutierten wir über die Einbindung der Mediation in das Verwaltungsrecht. Wir berichteten von unseren deutschen Erfahrungen, gemeinsam mit den indischen Kollegen überprüften und diskutierten wir auf der Basis ihrer Erfahrungen den Einsatz von Mediation in indisches Verwaltungsrecht.

Ein wesentlicher Teil unseres Workshops beschäftigte sich mit der Ausbildung von Mediatoren. Hierzu wurden die im Förderverein Mediation im öffentlichen Bereich erarbeiteten Standards vorgestellt.

Selten haben wir ein derart diskussionsfreudiges interessiertes Publikum kennen gelernt. Unter den Teilnehmern befanden sich auch 5 indische Anwältinnen, mit dem Schwerpunkt Familienrecht. Wir haben gemeinsam viel gelernt, deshalb wurde der Workshop von allen Anwesenden als ausgesprochen erfolgreich bezeichnet. Mediation wurde von allen Teilnehmern als angemessene realisierbare Methode der außergerichtlichen Streitbeilegung bewertet. Es besteht großes Interesse an weiteren Seminaren.

AutorIn (der Projektbeschreibung): E. Dechert-Knarse

Erika Dechert-Knarse

Institution: hartung:consult GmbH, Berlin

Telefon: 0049 30 3904930 Email Dechert-Knarse@hartung.de Marcus Hehn Schutzbacher Weg 31
57518 Alsdorf/Sieg

0049 2741 930 580 Email hehn@umweltmediation.info

Ansprechperson zum Projekt: Dechert-Knarse u. Hehn
